№ 141. Sonntag, den 18. Juni 1899. 26. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr
die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Sämmtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Erstes Blatt.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Die Aussichten der Kanalvorlage.

Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgetheilt wird, ist die vorgestrige Abstimmung über die Rückverweisung der Kanalvorlage an die Kommission noch nicht maßgebend für die Beurtheilung der Abstimmung über die Vorlage selbst. So sollen z. B. von der freikonservativen Partei nicht, wie man nach der Abstimmung annehmen könnte, 25 Mitglieder für die Kanalvorlage sein, sondern erheblich weniger. Es sind ferner 3 bis 4 Mitglieder der nationalliberalen Partei bisher gegen die Vorlage gewesen. Es würden somit, falls nicht noch mehr deutschkonservative Mitglieder für die Vorlage stimmen, 80 bis 90 Mitglieder des Zentrums und der Polen zur Majorität erforderlich sein.

Bezüglich der Kompensationen für Schlesien und Westfalen glaubt man der Zustimmung der Regierung sicher zu sein, und zwar in dem Sinne, daß in dem Gesetze selbst die schlesischen Kompensationen in bindender Form festgestellt werden, bezüglich Westfalens in einer die Staatsregierung bindenden Resolution. Neuerdings heißt es, daß auch die Mitglieder der polnischen Fraktion eine Kompensation bezüglich der Provinz Posen verlangen. Am Montag treten ferner auf Einladung von 9 konservativen und 2 Zentrums-Mitgliedern des Reichstags die ost- und westpreußischen Abgeordneten zusammen, um auch ihrerseits für diese Provinzen Kompensationen zu formuliren. Diese Einladung ist auch von dem volksparteilichen Abg. Braesicke unterschrieben; wir hören aber, daß Herr Braesicke die Unterschrift nicht selbst gegeben, sondern nur erklärt hat, daß er die Versammlung zu besuchen geneigt sei. Wahrscheinlich werden auch mehrere Kanalfreunde der Besprechung beiwohnen; aber wohl nur, um zu erklären, daß sie sich bei keiner Aktion betheiligen würden, welche die Kanalvorlage für diese Session gefährden könnte. Wohin sollte es auch führen, wenn jetzt im letzten Moment noch Kompensationsforderungen formulirt werden, für welche die Regierung eine Verpflichtung schon um deswillen nicht auf sich nehmen kann, weil für weitergehende Projekte doch längere Vorarbeiten nöthig sind. Wenn auch die Abgeordneten der anderen Provinzen — und für Pommern ist auch bereits eine Zusammenkunft der Abgeordneten zu diesem Zwecke in Aussicht genommen — in derselben Weise Kompensationsforderungen aufstellen wollten, so würde das gleichbedeutend sein mit dem Scheitern der Vorlage in dieser Session. Die Freunde der Kanalvorlage werden diesen von den konservativen Gegnern der Vorlage empfohlenen Weg schwerlich betreten.

* * *

Das Stimmenverhältniß bei der Abstimmung über die Kanalvorlage ist bereits gestern mitgetheilt worden. Nachtragen möchten wir nur noch die Abstimmung der westpreußischen Abgeordneten, welche für unsere Leser von besonderem Interesse sein dürfte. Von den westpreußischen Abgeordneten haben für die Rückverweisung der Kanalvorlage an die Kommission gestimmt die drei Danziger Abgeordneten Ehlers, Rickert und Schahnasjan, die Abgeordneten für Neustadt-Carthaus Neubauer und Schröder, die Abgeordneten Hobrecht (Berent-Pr. Stargard), Conrad (Graudenz), Conrad (Flatow), Dommes und Kittler (für Thorn-Culm), v. Czarlinski (Löbau), Goerdeler (Marienwerder). Dagegen stimmten die Abg. v. Glasenapp und v. Puttkamer-Plauth (Elbing-Marienburg), Arndt-Gartschin (Berent-Pr. Stargard), Rasmus (Schwetz), Gamp (Dt. Krone-Flatow), Hilgendorff und Dr. Kersten (Konitz-Schlochau-Tuchel), v. Wernsdorf (Graudenz-Rosenberg).

Vom Reichstage.

94. Sitzung vom 16. Juni.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Bundesrathstische: v. Bülow, Graf Posadowsky.

Tagesordnung: Erste (und eventuell zweite) Berathung des Handelsprovisoriums mit England.

In der Generaldebatte beklagt

Abg. Graf Kanitz (kons.) die Schwierigkeiten, welche durch das stets wachsende Bestreben der englischen Kolonien nach wirthschaftlicher und politischer Selbstständigkeit dem deutschen Handel erwachsen. England sei beim besten Willen nicht mehr in der Lage, einen Einfluß auf die Zollpolitik seiner Kolonien auszuüben. Deutschland müsse daher seine Handelspolitik ebenfalls dahin einrichten, daß es die englischen Kolonien als selbstständig behandele und mit ihnen selbstständige Verträge schließe. Die von der Regierung erbetene Vollmacht „bis auf Weiteres“ würde vielleicht nicht bedenklich sein, wenn man nicht die Erfahrungen kenne, welche mit einer gleichartigen im vorigen Jahre ertheilten Vollmacht in Belgien gemacht wurden. Er empfehle Annahme der Vorlage mit der Aenderung, daß die Worte „bis auf Weiteres“ ersetzt werden durch Einschaltung eines bestimmten Termins und zwar des 1. Juli 1900.

Abg. Deinhardt (ntl.) hält es für erforderlich, daß dem Bundesrathe die erbetene Ermächtigung nicht ertheilt werde „bis auf Weiteres“, sondern nur auf eine kurz bemessene Zeit.

Abg. v. Kardorff (Rp.) stimmt dem durchaus zu.

Abg. Rösicke-Kaiserslautern (Bd. d. Landw.) plaidirt dafür, daß England mit seinen Kolonien als einheitliches Wirthschaftsgebiet behandelt werde. Es gehe doch nicht an, daß eine englische Kolonie Deutschland die Meistbegünstigung versage. Geschehe dies, dann müsse auch Deutschland England mit seinen gesammten Kolonien die Meistbegünstigung verweigern. Am allerwenigsten dürfe der Regierung eine zeitlich unbegrenzte Vollmacht gegeben werden. Der Ursprung der Waaren müsse ganz genau kontrollirt werden. In weiten Kreisen des Volkes verstehe man es nicht, welche Zumuthungen Deutschland sich vom Auslande gefallen lasse. Man sei geradezu entrüstet darüber, mit wie wenig Nachdruck Deutschland ausländischen Forderungen entgegentrete.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, es komme nur darauf an, welche Kreise man höre. Die Ansichten seien aber ganz verschieden. Die Darstellung des Vorredners über das Verhältniß Englands zu seinen Kolonien sei eine vollständig irrige. Kanada habe seine eigene Zollwirthschaft und gewähre nur dem Mutterlande einen um 25 pCt. niedrigeren Zoll. Solle Deutschland vielleicht seinen Verkehr mit England aufhören lassen, weil eine englische Kolonie Begünstigungen verweigere, nach der Deutschland nur für 17 Millionen Waaren schicke und nur für 4 Millionen von dort nach Deutschland komme? Das würde wohl kaum Beifall beim deutschen Volke finden. Redner führt weiter aus, es werde zunächst wieder gegenüber Kanada von dem autonomen Tarif Gebrauch gemacht werden. Sollten andere englische Kolonien dem Beispiel Kanadas folgen, so werde Deutschland auch gegen sie von der Vollmacht Gebrauch machen und den autonomen Tarif anwenden. Er, Redner, hoffe bestimmt, daß der in Ausarbeitung befindliche erste Entwurf des neuen autonomen Tarifs, ohne Zollsätze, im nächsten Herbst dem wirthschaftlichen Ausschusse vorgelegt werden könne. Weiter berührt Redner die Frage der indischen Zuckerzölle und bemerkt, ob in der Erhebung von Ausgleichszöllen gegenüber einem Lande mit Ausfuhrprämien eine Verletzung der Meistbegünstigung liegt, das sei zum Mindesten streitig. Werde Indien weiter die Meistbegünstigung gewährt, so solle jedenfalls damit diese Frage nicht festgelegt werden. Die deutsche Regierung werde England die Meistbegünstigung nur so lange einräumen, als durch die englische Zollpolitik, durch Zuschläge auf unsere Provenienz, Deutschland kein Schaden geschehe. Ob die Vollmacht nur auf ein Jahr gegeben werde oder „bis auf Weiteres“, sei für die Reichsregierung unerheblich. Letztere werde jedenfalls nur so lange von der Vollmacht Gebrauch machen, als sie überzeugt sei, daß Deutschland nicht durch Differenzirung in irgend einem Theil der englischen Handelsgebiete wirklich wesentlich geschädigt werde.

Abg. Paasche (nl.) vermißt eine Auskunft darüber, weshalb ein Vertrag mit England noch nicht habe abgeschlossen werden können. Angesichts der Erklärung des Staatssekretärs, daß die Regierung von der Vollmacht nur da Gebrauch machen wolle, wo man Deutschland nicht differenzire, könne man unbedenklich der Vorlage zustimmen. Redner geht hierauf auf die Zuckerpolitik der englischen Kolonien und Amerikas ein, die nur den deutschen Zucker treffe und plaidirt weiter für Ursprungszeugnisse und Werthzölle.

Abg. Hahn (Bd. d. L.) entnimmt der Debatte einen gewissen Ton des Mißbehagens über unsere Zollpolitik. Unsere Handelspolitik müsse endlich ihren professoralen Charakter verlassen und praktischere Wege einschlagen. Daß uns die englischen Kolonien so schlecht behandeln, habe seine Ursache nur darin, daß wir uns von den Vereinigten Staaten Alles hatten gefallen lassen. Gegen Kanada müsse unbedingt schärfer vorgegangen werden.

Abg. Broemel (frs. Vg.) entnimmt der Debatte, daß die Redner des Bundes der Landwirthe heute selbst auf der rechten Seite nicht den erhofften Widerhall gefunden haben. Alsdann bemerkt Redner, die Erfahrungen, die Kanada gemacht habe, seien durchaus nicht dazu angethan, andere englische Kolonien zur Nachfolge zu reizen. Den Vorschlag, die verlangte Vollmacht nicht bis auf weiteres zu gewähren, sondern nur auf begrenzte Zeit, halte auch er für richtig. Dagegen halte er den anderen Vorschlag betreffs der Ursprungszeugnisse für verkehrt. Man möge stets im Auge behalten, daß hohe Zollsätze unter allen Umständen eine zweischneidige Waffe seien und man möge daran denken, daß Friede ernährt, Unfriede verzehrt.

Abg. Möller (nl.) plaidirt für einen Doppeltarif, Minimal- und Maximaltarif. Ein solcher Tarif werde beim Abschluß der neuen Handelsverträge sehr dienlich sein.

Hiermit schließt die erste Lesung der Vorlage; die zweite Lesung wird für heute abgesetzt.

Die Verträge mit Uruguay und Brasilien werden in 1. und 2. Lesung genehmigt, ebenso die Vorlage betr. die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr: Zweite Lesung des Handelsprovisoriums mit England, 3. Lesungen der soeben in 2. Lesung erledigten Vorlagen. Wahlprüfungen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

76. Sitzung vom 16. Juni.

Am Ministertische: v. Miquel.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Roeren (Zentr.): Aus welchen Gründen hat die Regierung den in der Thronrede angekündigten Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser noch nicht vorgelegt und für wann ist die Vorlegung zu erwarten?

Nachdem Finanzminister v. Miquel sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten, begründet

Abg. Roeren (Zentr.) die Interpellation. Er führt dabei aus, die Besteuerung habe bereits in den verschiedenen Ländern verschiedene Gestalten angenommen. In Frankreich und in Bayern sei man zu einer allgemeinen gesetzlichen Besteuerung geschritten. Es scheine, als ob man in Preußen an der ablehnenden Haltung der Handelskammern Anstoß nehme. Der Umfang dieser Bazare habe inzwischen ganz gewaltige Dimensionen angenommen. Manche erzielten Umsätze bis 50 Millionen.

Minister v. Miquel erwidert, die Verzögerung der Einbringung der betreffenden Vorlage liege in der außerordentlichen Schwierigkeit der Materie, in den Bedenken, die sich jedem Gesetzentwurf entgegenstellten und in den besonderen Schwierigkeiten, die darin liegen, solch ein Gesetz mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu vereinbaren. Die Bestimmungen des bayerischen Gesetzes seien für Preußen unzweckmäßig; in Bayern entscheide über die sehr weitgehenden diskretionären Bestimmungen des Gesetzes der dortige Finanzminister; in Preußen würde das Oberverwaltungsgericht entscheiden und das hätte in dem bayrischen Gesetz keinen Anhalt für seine Entscheidungen. Vielleicht empfehle es sich, die Wirkung der bayerischen Gesetzgebung abzuwarten; bisher habe dieselbe besonders günstige Resultate nicht gehabt. Jedenfalls müsse man sich hüten, einen Steuermodus anzuwenden, der die Entwickelung der Bazare, die eine vielbegehrte Kapitalsanlage bilden, noch mehr fördere. Auch auf die provinzielle Eigenart der wirthschaftlichen Entwickelung werde man Rücksicht bei der Besteuerung nehmen müssen. Unser ganzes Steuersystem sei aufgebaut auf dem Prinzip der Leistungsfähigkeit, und an diesem Grundsatze werde die Regierung auch bei der Waarenbesteuerung festhalten müssen.

Auf Antrag des Abg. Hausmann (nl.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Hausmann (nl.) wünscht, daß in der nächsten Session bestimmt das versprochene Gesetz vorgelegt werde. Es werde sich schon ein wirksamer Besteuerungsmodus finden lassen.

Abg. v. Brockhausen (kons.) empfiehlt die Bekämpfung der Waarenhäuser unter dem Gesichtspunkte eines Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Am zweckmäßigsten erscheine ihm eine Branchensteuer, vereinigt mit einer Umsatzsteuer.

Abg. Gothein (frs. Vg.) hält eine Umsatzsteuer für unbillig, empfehlenswerth sei eine zweckmäßige Reform der Gewerbesteuer.

Minister v. Miquel bezweifelt, daß es möglich sein werde, durch eine generelle Aenderung der Gewerbesteuer Abhilfe zu schaffen. Nur im Wege einer kommunalen Gestaltung der Gewerbesteuer werde diese überhaupt für den beabsichtigten Zweck wirksam werden. Die Personenzahl als Besteuerungsmaßstab für Bazare empfehle sich vielleicht unter dem Gesichtspunkte, daß diese Personen für verschiedene Gemeindelasten in Betracht kämen.

Abg. Fuchs (Zentr.) erklärt, seine Fraktion sei bereit, an dem Zustandekommen eines wirksamen Steuergesetzes mitzuwirken.

Abg. Roeren (Zentr.) wünscht eine Umsatzsteuer.

Nachdem noch Minister v. Miquel erklärt, daß er die Räume der Bazare auch bei der Besteuerung in Betracht zu ziehen wünsche, ist die Besprechung der Interpellation beendet.

Es folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfes betr. die Anstellung und Versorgung der Gemeindebeamten.

Die Kommission beantragt Annahme der nur in unwesentlichen Punkten geänderten Herrenhausvorlage.

Abg. v. Heydebrandt (kons.) schlägt vor, den Gesetzentwurf en bloc anzunehmen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: 3. Lesung des Kommunalbeamtengesetzes, Antrag Langerhans betr. Kirchenbaupflicht und Antrag Kanitz betr. Rentengüter.

Deutsches Reich.

Der Kaiser ist am Freitag Vormittag in Hannover eingetroffen und hat sich sofort zur Besichtigung der Königs-Ulanen nach der Vahrenwalder Haide begeben. Der Kaiser ließ die Königsulanen Karree formiren, übergab dem Regiment neue Kesselpauken und nahm dann am Frühstück im Offizierkasino theil.

Unmittelbar nach Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses sind am Donnerstag Fürst Hohenlohe und Finanzminister von Miquel nach Potsdam gefahren und um 2¾ Uhr, wie der „Reichsanz.“ berichtet, im Neuen Palais vom Kaiser empfangen worden.

Der Schwarze Adlerorden ist dem Herzog Nikolaus von Württemberg verliehen worden, dem Senior der herzoglichen Linie von Württemberg.

Im gothaischen Landtag erklärte am Freitag in Vertretung des abwesenden Ministers v. Strenge Staatsrath Schmidt, daß sich Minister v. Strenge auf Befehl des Herzogs nach England begeben wird, um mit den Betheiligten die Behebung der in der Thronfolge hervorgetretenen Schwierigkeiten zu betreiben. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge sei es nicht möglich, Aufklärung über die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu geben.

Die zweite Kammer des hessischen Landtages hatte den Bau einer Eisenbahn beschlossen, und kein Mensch dachte daran, daß dieser Beschluß auf ein Hinderniß stoßen könne. Doch die erste Kammer, unser Herrenhaus, ist unbegreiflich. Sie lehnte die Vorlage ab, weil die Schönheit Oberhessens nicht zerstört werden und die Keuschheit seiner Wälder nicht von der Unzucht „da draußen in der Welt“ berührt werden soll. Das Verhalten der Magnaten erregt große Heiterkeit.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt zur Kanalvorlage: Es sei bedauerlich, daß es durch die unglaubliche Kurzsichtigkeit der Konservativen dem Zentrum gelungen sei, auch im Abgeordnetenhause für eine hochwichtige Kulturfrage eine entscheidende Stellung einzunehmen. Es werde darauf ankommen, ob die Nationalliberalen dieser verwickelten Lage gewachsen seien und taktisches Geschick genug besitzen, das Zentrum zu zwingen, sich öffentlich zu dem schmählichen Kuhhandel zu bekennen und alsdann den Handelsherren die heißbegehrte Suppe zu versalzen. In der liberalen Partei gebe es immer noch Männer, die das Bedürfnis fühlen, sich von Miquel dupiren zu lassen. Miquel laufe mit dem größten und lautesten Haufen und verderbe es nicht gerne mit Leuten, die ihm unbequem werden könnten.

In Bezug auf die Arbeiterwohnungen in Cadinen hatte der Kaiser nach einem Bericht der konservativen „Elb. Ztg.“ bekanntlich geäußert: „Der schöne Viehstall in Cadinen ist ja ein wahrer Palast den Arbeiterwohnungen gegenüber. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht etwa die Schweineställe besser

sind als die Arbeiterwohnungen." — Die „Kreuzzeitung" hatte diese ihr sehr unbequeme Aeußerung abzuschwächen gesucht. Nun hält aber die „Elb. Ztg." die „mit stenographischer Genauigkeit wiedergegebenen" Aeußerungen des Kaisers in vollem Umfange aufrecht. Ihr Gewährsmann sei „noch sicherer informirt als der der „Kreuzztg." und ganz unanfechtbar". Von Irrthümern könne gar keine Rede sein.

Wie für den Flottenverein geworben wird! In der letzten Woche, so schreibt man vom Rhein, sammelten in Münstereifel Polizeidiener des Orts im Auftrage des Landraths v. Groote, Kreis Rheinbach, mittelst einer Liste Mitglieder für den Flottenverein. „Damit sich nicht," so hieß es ungefähr in dem empfehlenden Vorworte des Landraths, „die Angehörigen einer gewissen Partei dem Verein fernhalten, sei bemerkt, daß auch Domkapitular Berlage und Weihbischof Schmitz demselben angehören."

Gegen die Reichstagswahl des konservativen Abg. Grafen Knyphausen in Emden-Norden soll Protest eingelegt werden. Der „Hann. Cour." hebt hervor, daß beispielsweise gelegentlich eines „Kriegerfestes" in einem Orte, wo zur Errichtung einer Emsfähre 5000 Mk. Zuschuß erbeten waren, den Leuten gesagt wurde: „Wenn Ihr den Grafen wählt, bekommt Ihr die Fähre ganz umsonst."

Wie konservative Wahlen in Ostelbien — und auch anderswo — gemacht werden, dafür bietet einen weiteren lehrreichen Beitrag der gegen die Wahl des Abg. v. Massow (Labiau-Wehlau) beim Reichstage eingereichte Protest. Unter den Anlagen befindet sich auch eine Bekanntmachung des Gemeindevorstehers Schueßler in Alexen, die, wie folgt, lautet: „Freitag den 24. Juni d. M. Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr festgesetzte Termin für engere Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage zwischen v. Massow und Haase andere Stimmzettel sind ungiltig. Also auf Wähler, Wählt aber nicht den Haase der Sozialdemokrati, sondern den konservativen v Massow, Parnehnen, Stimmzettel sind bei mier zu haben. Dieser Zettel ist schnell weiter zu senden und vom Letztempfänger vor dem Termin zurückzureichen Widrigenfalls eine Ordnungsstrafe von 3 Mark erfolgen muß." — Eine Ordnungsstrafe finden wir ebenfalls ganz angebracht, aber für diejenigen, die den Gemeindevorsteher zu diesem Zirkular veranlaßt haben.

In Deutsch-Südwestafrika muß es in einzelnen Theilen im letzten Jahre trostlos ausgesehen haben. Die „Berichte der rheinischen Missionsgesellschaft", die im „Deutschen Kolonialblatt" abgedruckt werden, klagen darüber, daß sich die Nachwehen der Rinderpest und der Dürre in sehr schmerzlicher Weise fühlbar machten. „Ganz besonders schwer aber", so heißt es wörtlich in den Missionsberichten, „wurde das Land, namentlich Hereroland, von einer Art Malariafieber heimgesucht. Fast alle unsere dortigen Missionare und deren Frauen lagen darnieder. Viel schwerer als die Missionare wurden aber die Eingeborenen von dem Fieber betroffen. Die Zahl der Todesfälle übertrifft in unseren Gemeinden die der Geburten um mehr als das Doppelte, ja im Einzelnen um das Vier- und Sechsfache." Ovamboland „hat ein tropisches Klima und deshalb seine regelmäßige Fieberzeit."

Die Erhöhung der Getreidezölle als Kompensation für die Kanalvorlage.

Die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten" veröffentlichen ein Interview mit Herrn v. Miquel, aus dem u. a. Folgendes mitgetheilt wird:

Der Minister: Offen gestanden, die Gegnerschaft der Landwirthschaft verstehe ich nicht. Ich kann es begreifen, wenn einzelne Landwirthe des Westens den Kanal nicht wünschen, weil sie die Ueberschwemmung mit landwirthschaftlichen Produkten des Ostens und Preisdruck befürchten. Die Gegnerschaft des Ostens verstehe ich aber nicht. Die Herren müßten doch einsehen, daß sie keinen Schaden, sondern nur Vortheil haben. Auch wir wollen durch den Kanal die konsumkräftigen Bezirke des Westens dem landwirthschaftlichen Osten näher bringen.

Ich: Die Landwirthschaft fürchtet aber, daß der Kanal ein Einfallthor für landwirthschaftliche Produkte des Auslandes sein wird, sie will Flußregulirungen, aber nicht Kanäle.

Der Minister: Ein ganz unhaltbarer Standpunkt. Ganz abgesehen davon, daß wir jährlich 40 Millionen für unsere Flüsse ausgeben, übersieht man, daß gerade die Flüsse Einfallthore sind. Wir wollen endlich „einen regeren Güteraustausch im Inlande. Hierzu ist der Kanal das beste Mittel. Die Landwirthe des Ostens sehen dies längst ein. Erst vor einer halben Stunde war ein Abgeordneter Westpreußens hier, ein bekannter Agrarier, der mir gestand, daß Westpreußen vom Kanal nur Vortheile haben könne.

Ich: Trotzdem herrscht in landwirthschaftlichen Kreisen eine gewisse Erbitterung gegen Exzellenz.

Der Minister: Das weiß ich wohl, ich muß es über mich ergehen lassen. Ich kann nur erklären, daß ich nach wie vor es für die vornehmste Pflicht des Staates halte, für die Landwirthschaft zu sorgen. Die Regierung würde aber die Vorlage nicht eingebracht haben, wenn sie auch nur die leiseste Befürchtung haben könnte, daß die Landwirthschaft davon Schaden habe. Ich habe deshalb die Sache zuerst mit den Konservativen machen wollen, mich damit jedoch dem Verdacht der geheimen Gegnerschaft zum Kanal ausgesetzt.

Ich: Dann darf ich wohl daraus schließen, daß der Kronrath für den Fall der Ablehnung der Vorlage die Auflösung des Landtages beschlossen hat.

Der Minister: Der Kronrath ist eine geschlossene Burg, aus der nichts nach Außen dringt. Die Auffassung des Kaisers über die Bedeutung des Kanals läßt wohl darauf schließen, daß eine Auflösung dann unvermeidlich sein würde.

Ich: Das scheint man in konservativen Kreisen nicht zu fürchten, vielfach sogar zu wünschen.

Der Minister: Dann unterschätzen die Herren die Macht, die für den Kanal eintritt und die bereit ist, der Landwirthschaft bei Revision der Handelsverträge einen Getreidezoll von 5 bezw. 6 Mark zu gewähren. Die Landwirthschaft spielt mit dem Feuer, wenn sie die Machtfaktoren von sich stößt, die sie bei den neuen Handelsverträgen gebraucht.

Also Brotvertheuerung und Zuchthausvorlage! Schöne Aussichten!

Provinzielles.

Pr. Stargard, 15. Juni. Gegen 13 Angeklagte wurde in einer zwei Tage lang dauernden Sitzung der hiesigen Strafkammer wegen Landfriedensbruch und Aufruhr verhandelt. Die Angeklagten, alle aus Dirschau, noch im jugendlichen Alter und mit wenigen Ausnahmen mehrfach vorbestraft, waren Jacob Majewski, Franz Lange, Franz Kulakowski, Anton und Paul Gurski, der taubstumme Max Licht, Paul Prillwitz, der erst kürzlich vom Schwurgerichte zu Danzig wegen Straßenraubes zu sechsjähriger Zuchthausstrafe verurtheilte Paul Licht, Weichbrodt, Schwarz, Gerlach, Paul Jarczynski und Max Schammer. Anlaß zu der Anklage gab eine Schlägerei in Dirschau am 17. Juli 1898 an der amerikanischen Luftschaukel des Schaustellers Springer aus Königsberg. Die Leute des Letzteren hatten einen Dirschauer Arbeiter, der für seinen Bruder, den Mitangeklagten Majewski, bei einer Streitigkeit Partei nahm, mit einer eisernen Stange und einem Drahtseile übel zugerichtet. Einige der Angeklagten verlangten nun die Verhaftung des Thäters. Als dieselbe nicht erfolgte, nahm die aus ca. 400 Menschen bestehende Menge eine drohende Haltung an, warf mit Steinen gegen die Schaukel, zertrümmerte über 20 Lampen und bestand weiter auf der Verhaftung des Thäters. Die ganze Dirschauer Polizei konnte nur mit größter Mühe die Menge zerstreuen und war sogar genöthigt, von dem Säbel und der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Zwei Polizisten wurden mit Steinwürfen derartig verletzt, daß sie 14 Tage lang krank lagen. Mit Rücksicht auf die große Aufregung ist es der Polizei nur gelungen, eine verhältnißmäßig geringe Anzahl von Personen zur Anzeige zu bringen. Nach der sehr umfangreichen Beweisaufnahme wurden die Angeklagten zu 2—9 Monaten Gefängniß, Paul Licht zu 2 Monaten Zuchthaus verurtheilt. Majewski, Schwarz und Gerlach wurden freigesprochen.

Marienburg, 16. Juni. Heute Morgen gegen 6 Uhr ist auf dem hiesigen Bahnhofe an der Ueberführung der Elbinger Chaussee beim Rangieren eine Maschine mit Packwagen mit einem Arbeitszuge zusammengestoßen, wobei beide Maschinen und der Packwagen zur Entgleisung kamen. Eine Verletzung von Personen hat nicht stattgefunden. Der Materialschaden ist nicht bedeutend. Die Sperrung beider Geleise war in vier Stunden beseitigt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Braunsberg, 15. Juni. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Besitzer und Fleischbeschauer Lehwald aus Königsdorf wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tödtung zu fünfzehn Monaten Gefängniß. Der Angeklagte hatte Schweine des Tischlers Werner auf Trichinen untersucht und sie für „trichinenfrei" erklärt, während sie thatsächlich stark trichinenhaltig waren. Nach dem Genuß des Fleisches erkrankten Werner, seine Frau und zwei Söhne an Trichinose; Werner starb.

Eydtkuhnen, 15. Juni. In der vorigen Woche ist in Plzeroßlen (Rußland) im Magistratsgebäude der Wächter der Kasse ermordet worden. Der Wächter schlief mit dem Kopfe auf der Kassette. Der Mörder stieg durch das Fenster ein und brachte ihm sechs Hammerschläge auf Stirn und Schläfe bei, sodaß der Tod sofort eingetreten sein muß. Er nahm dann die schwere Kasse und floh, begegnete aber einem Menschen, ließ die Kasse fallen und entkam. Der Thäterschaft verdächtig ist ein Mann, der nach Amerika reisen wollte, aber wenig Geld besaß. Zwei Leute, die in demselben Hause schliefen, aber nichts gehört haben wollen, sind als verdächtig nach Suwalki abgeführt worden.

§ **Argenau**, 16. Juni. Unser Ort erhält demnächst die obligatorische Fleischschau. Die zweimalige Untersuchung der Schlachtthiere ist gegen eine angemessene jährliche Pauschalsumme dem hiesigen Thierarzt Uckley übertragen worden. Die neue Einrichtung wird durch Ortsstatut geregelt. Die sehr gering normirten Untersuchungsgebühren vertheuern das Kilo Fleisch etwa um $1/2$ bis $3/4$ Pfennig.

Bromberg, 16. Juni. Herr Musik-Direktor Schleisiek ist am 14. d. Mts. nach längerem Krankenlager im Alter von 52 Jahren gestorben.

Bromberg, 16. Juni. Zu Ehren des Herrn Regierungspräsidenten v. Tiedemann, der nach 18jähriger Wirksamkeit an der Spitze der hiesigen Bezirksregierung am 1. Juli d. Js. aus dem Staatsdienst scheidet, soll in der nächsten Woche hierselbst eine Abschiedsfeier größeren Stils stattfinden.

Posen, 16. Juni. In nächster Zeit wird unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten ein Komitee zusammentreten, das Mittel und Wege suchen soll, um auch in unserer Provinz den Kampf gegen die Tuberkulose aufzunehmen, der ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung im Alter von 15 bis 26 Jahren zum Opfer fällt. Wahrscheinlich wird die Provinz eine Heilstätte für Tuberkulose erhalten.

Lokales.

Thorn, den 17. Juni.

— Militärische Personalien. v. Amann, Generalleutnant und Kommandeur der 35. Division aus Graudenz, zum Gouverneur von Thorn ernannt.

— Personalien. Distriktsanwärter Gellonneck ist als Königlicher Distriktskommissar bestätigt und ihm das Distriktsamt Orzechowko, Kreis Birnbaum, definitiv übertragen worden.

— Personalien bei der Eisenbahn. Versetzt: Geheimer Baurath Sprenger, Mitglied der Eisenbahndirektion in Danzig, in gleicher Eigenschaft nach Halle a. S. zur dortigen Eisenbahndirektion, Stations-Assistent Brasch von Rügenwalde nach Graudenz, Packmeister Stanzius von Stolp und Lademeister-Diätar Pilikan von Danzig nach Thorn.

— Zur Revision der hiesigen Staatsanwaltschaft und Strafanstalten weilt Herr Oberstaatsanwalt Wulff aus Marienwerder seit einigen Tagen hier.

— Personenverkehr bei den D-Zügen 1 und 2. Die im vergangenen Jahre zur Erleichterung des Verkehrs in den Seitengängen der Wagen bei den D Zügen 1 und 2 zwischen Berlin und Eydtkuhnen versuchsweise getroffene Einrichtung, die Wagen nur an den dem Zugschluß zugewendeten Zugängen zu besteigen und nur an den der Zugspitze zugewendeten Zugängen zu verlassen, hat zu einem befriedigenden Erfolge nicht geführt und ist neuerdings auf Anordnung des Herrn Eisenbahnministers wieder aufgehoben worden.

— Lehrer für Südwestafrika gesucht. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." meldet: Für die in Windhoek und Gibeon zu errichtenden Schulen werden zwei junge, der holländischen Sprache mächtige Lehrer gesucht. Erwünscht ist, daß die Bewerber verheiratet sind. Gesuche sind an die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amts zu richten.

— Die Bekleidungvorschriften für Offiziere und Sanitäts-Offiziere in Preußen haben in einem vom Kaiser am 15. Mai angeordneten Neuabdruck eine größere Anzahl von Aenderungen erfahren. Zur Feld- und Manöverausrüstung gehören fortan statt der bisherigen grauen Handschuhe rotbraune Handschuhe, die auch auf der Reitbahn getragen werden dürfen. Der Anzug beim Radfahren richtet sich nach besonderen Tagesbefehl. Bei Familientrauer darf zum Paletot ein Flor nicht mehr angelegt werden. Weiße Glacehandschuhe können in Zukunft nicht nur zu Gesellschaften, sondern auch zum Reiten, außer bei Paraden, im Felde und im Manöver getragen werden. Außer dem Paletot und Mantel wird auch ein loser Umhang gestattet, falls nicht ein gleichmäßiger Anzug durch Tagesbefehl ausdrücklich vorgeschrieben wird. Der Umhang besteht aus grauem wasserdichten Lama-, Loden oder Paletotstoff ohne Aermel und Armlöcher. Er ist zum Anknöpfen am Rock oder Paletot eingerichtet. Ferner wird nach Bedarf auch eine Kapuze für den Dienstanzug im Felde, im Manöver, beim Felddienst, Schießen ꝛc. eingeführt, deren Obertheil aus Seide oder Kaliko besteht, während der Untertheil vom Stoffe des Umhangs sein muß. Die Form des Ueberrocks wird etwas geändert, insbesondere ist die Länge erhöht. Der Schoß soll bis zur Mitte der der Kniescheibe (bisher 10 Zentimeter oberhalb des Kniegelenkes) reichen. Die Litewka der Offiziere soll grundsätzlich die für die Litewka der Mannschaften vorgeschriebene Farbe haben; sie hat die Joppenform und ist etwas weniger fest anliegend und 2 Zentimeter kürzer als der Waffenrock. Die Stiefelhose soll unter dem Knie eng anschließen, am Knie etwas Spielraum lassen und am Oberschenkel leicht anliegen; Hosen im Schnitt der sogenanten breeches (mit weitem Obertheil) sind verboten; ausgearbeitetes Knie (für Reitzwecke) ist erlaubt. Der Schnitt des Paletots wird etwas geändert: Das Rückerstück soll lose sitzen und so weit geschnitten sein, daß dasselbe bei zugeknöpften Paletot und Taillengurt 2—3 Falten wirft und daß der Paletot zu Epauletts umgehängt und dabei oben zugehakt werden kann. Schwarze Paletots dürfen fortan nur im kleinen Dienst und außer Dienst getragen werden. Die Endfrist für das Auftragen der schwarzen Paletots ist also weggefallen. — Zur Einschränkung der Mode bei den Offizirsuniformen wird bestimmt: „Der Spielraum, der bei den einzelnen Stücken in der Abmessung gelassen ist, soll lediglich den verschiedenen Figuren Rechnung tragen, dagegen in keiner Weise persönliche Liebhabereien oder Moden begünstigen. Derartigen Ausschreitungen entgegenzutreten ist die Pflicht aller Vorgesetzten, insbesondere der Regiments und selbstständigen Bataillonskommandeure. Geschäfte, die den Offizieren trotz ergangener Verwarnung unvorschriftsmäßige Sachen liefern, sind dem Kriegsministerium namhaft zu machen, damit sie den Offizieren verboten werden." — Die Geschäfte führen aber doch nur die Bestellungen der Offiziere aus.

— Militär-Radfahrergruß. Ueber das Verhalten des Radfahrers beim Begegnen eines Vorgesetzten enthält die soeben publizirte „Fahrradvorschrift" für die deutsche Armee unter Ziffer V. 83 die nachfolgenden Bestimmungen: „Die Ehrenbezeugung des Grüßens (vor sämmtlichen Vorgesetzten) besteht im Fahren darin, daß die Geschwindigkeit ermäßigt wird, der Radfahrer sich gerade aufrichtet und den Vorgesetzten frei und offen ansieht. Zum Frontmachen sitzt der Fahrer ab. Nur wenn starker Straßenverkehr es nöthig macht, daß der Fahrer zur eigenen und allgemeinen Sicherheit seine Aufmerksamkeit auf die nächste Umgebung richtet, ist er von der Ehrenbezeugung befreit."

— Einschreibsendungen, Postanweisungen, telegraphische Postanweisungen und Sendungen mit Werthangabe, die vom Absender mit dem Vermerk „Eigenhändig" versehen werden, müssen, wie neuerdings wieder bestimmt ist, stets von dem bestellenden Boten der Bestimmungspostanstalt abgetragen werden, auch wenn der Adressat eine Abholungserklärung auf der Post hinterlegt hat. Die Bestellung erfolgt nur an den Adressaten selbst. Auf gewöhnliche Briefe, Postkarten und Waarenproben findet diese Bestimmung keine Anwendung.

— In dem Prozesse der Kredit-Gesellschaft G. Prowe und Komp. gegen David Marcus Lewin ist 9½ Jahre nach Anstrengung der Klage das Erkenntniß erster Instanz gefällt worden, und viele Aktionäre hatten schriftlich beantragt, ihnen aus dem 476 Seiten (119 Bogen) starken Erkenntniß das Wesentlichste mitzutheilen. Dies erfolgte in einer größeren Versammlung, in welcher Folgendes von dem persönlich haftenden Gesellschafter mitgetheilt wurde: Im Februar 1882 gründeten Parteien, auf bringendes Bitten des verstorbenen Beklagten, ein zweites Holzgeschäft in Schwellen und Mauerlatten zu Rudak — Ameta genannt. Der Gewinn sollte nach Abzug von 6 pCt. Zinsen und der Handlungsunkosten zur Hälfte getheilt werden, obgleich Beklagter vom Mühlengeschäft zu Thorn wöchentlich 75 M. Gehalt als Handlungsbevollmächtigter, freie Wohnung, frei Holz und Licht ꝛc. ꝛc. bezog. In den 8 Jahren wurden im Geschäft Ameta ungefähr 200 000 M. verdient. Bei Beginn des Vorverfahrens bestimmte der Dezernent eine Neuaufstellung der 3 Konten, Mühle, Ameta und persönliches Konto. Auf Grund dieser Auszüge wurde im Vorverfahren Jahre lang verhandelt; mir wurde gesagt, daß schließlich die strittigen Punkte vor dem Kollegium noch zur Verhandlung kommen würden. Um so mehr wurde ich überrascht, als ich bei Empfang des Urtheils sehe, daß für uns, Klägerin, aus dem Ameta-Geschäft nichts gutgeschrieben wurde und dem Beklagten ungefähr 100 000 M. — Der Klägerin wurde nichts zuerkannt, weil sie den Gewinn der 3 ersten Jahre ungefähr 21 000 M. auf Spezial-Reservefonds im Kassabuch vereinnahmt und sofort wieder auf Konto D. M. Lewin verausgabt habe. Nach meiner festen Ueberzeugung werden diese 100 000 M. uns in zweiter Instanz zugesprochen, da ein kaufmännischer Sachverständiger unsere Bücher in Betreff dieses Punktes auf das Gewissenhafteste geprüft hat, und seine Ausführungen sind dem Gerichte in öffentlicher Sitzung überreicht worden. Freilich kommen sie erst in zweiter Instanz zur Geltung. Das Gutachten der Kaufmannschaft zu Berlin über die Zinsfrage liegt im Kontor der Klägerin jederzeit zur Einsicht aus, nicht nur für Aktionäre.

— Der Radfahrer-Verein „Vorwärts" hat in seiner letzten Sitzung am Donnerstag beschlossen, das diesjährige Sommervergnügen am 16. Juli zu veranstalten. Es findet eine Dampferfahrt mit Musik bis zur russischen Grenze nur für Mitglieder und deren Angehörige statt. Nach der Rückkehr Ball in den oberen Räumen des Artushofes. — Am Sonntag den 2. Juli wird ein 63 klm. Vorgabe-Wettrennen nur für Mitglieder abgehalten, wofür 5 Ehrenpreise ausgesetzt sind. Es wird die Strecke befahren über Culmsee, Kunzendorf, Renczkau, Boesendorf, Pensau und Ziel Chausseehaus Ziegelei. Am Sonntag d. 18. d. Mts. folgt der Verein einer Einladung des Briesener Radfahrer-Vereins in Briesen zu dessen Sommerveranstaltungen. Die Abfahrt findet um 10 Uhr Vormittags vom Pilsener statt.

— Für die in den Tagen des westpreußischen Bundesschießens, am 23., 24. und 25. Juli hier anwesenden auswärtigen Schützen werden noch möblirte Zimmer zu miethen gesucht. Offerten mit Preisangabe sowie Anmeldungen von Freiquartieren werden bis zum 1. Juli an die Herren Kaufmann H. Kreibich, Altst. Markt, und Uhrmacher Louis Grunwald, Neust. Markt, erbeten.

— Strafkammersitzung vom 16. Juni. Der Besitzer Heinrich Mielke in Ziegelwiese ließ am 12. Oktober v. J. mit seinem Göpelwerk Roggen dreschen. Als die Maschine zum Stehen gebracht werden sollte, stopften die Ehefrau des Angeklagten und der 14jährige Arbeitsbursche Franz Domakowski aus Chorab Stroh in das sog. Futterloch. Hierbei kam letzterer mit der Hand den Walzen zu nahe, die Hand wurde von letzteren erfaßt und es wurden ihm 4 Finger der rechten Hand vollständig abgequetscht. Die Verletzung war eine so arge, daß ihm die ganze Hand abgenommen werden mußte. Die Anklage machte den Angeklagten für diesen Unfall verantwortlich, weil die Maschine nicht mit der nöthigen Schutzvorrichtung versehen gewesen sei. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung. — Der Besitzer Friedrich Feige aus Holländerei Grabia war wegen versuchter Erpressung angeklagt. Der Besitzer August Lange in Brzeczka hatte i. J. 1897 bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige erstattet, in welcher er den Angeklagten verschiedener Strafthaten, darunter auch der Verleitung zum Meineide, bezichtigte. Es wurde auch gegen ihn und seine Ehefrau dieserhalb Anklage erhoben, beide aber freigesprochen, weil der Vorgang 4 Jahre zurücklag und der Gerichtshof annahm, daß dem Belastungszeugen möglicherweise ein Irrthum unterlaufen sei. darauf forderte der Angeklagte den Besitzer Lange schriftlich auf, ihm die Gebühren für seine Vertheidigung und ein Pfandgeld von 10 Mk., welches er ihm zu

unrecht bezahlt habe, zurückzuerstatten, sonst werde er wegen falscher Anschuldigung gegen ihn vorgehen. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn im Sinne der Anklage auf eine 4monatliche Gefängnißstrafe. — Der Arbeitsbursche Heinrich Busch aus Baiersee versetzte am 30. April v. Js. dem Schulknaben Vincent Frunzkowski aus Adl. Gr. Trzebcz im Streit einen Messerstich in die Seite; er wurde mit 9 Monat Gefängniß bestraft. — Die Arbeiterfrau Franziska Piechowski geb. Sakowski aus Mocker, welche dem achtjährigen Schuhmachersohn Rudolf Büchle aus Mocker beim Milcheinkaufen ein Zweimarkstück abschwindelte, wurde mit 6 Monaten Gefängniß bestraft. — Die verehelichte Schmied Amalie Welski geb. Neber aus Mocker wußte den Arbeiter Wladislaus Granowski aus Mocker zu bestimmen, in Schönwalde Schweinediebstähle auszuführen und ihr die gestohlenen Schweine zuzutragen. Für eins dieser Schweine zahlte sie dem G. 5 Mk, für ein anderes 2 Mk. aus. Granowski ist dieserhalb bereits mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß bestraft. Die Angeklagte erhielt wegen Hehlerei 2 Monate Gefängniß.

Kleine Chronik.

* Die Berliner Stadtverordneten nahmen am Donnerstag den Antrag des Ausschusses an, die Vornahme der Neuwahl eines Mitgliedes der Schuldeputation an Stelle des nicht bestätigten Stadtverordneten Singer abzulehnen. Ein weitergehender Antrag des Dr. Preuß, dahingehend, daß Singer, dessen Wahl rechtsgiltig sei und keiner Bestätigung bedürfe, sofort in sein Amt eingeführt werde, wurde mit 56 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

* Ein furchtbares Schiffsunglück ereignete sich am Freitag Nachmittag 2 Uhr bei der Dampferanlegestelle in dem Vorort Zülchow bei Stettin. Dort stieß der von Pölitz kommende Dampfer „Pölitz" mit dem von Stettin nach Goltzow fahrenden Tourendampfer „Blücher" der Feuerloh'schen Rhederei zusammen. Die Kollision war so heftig, daß der „Blücher" in wenigen Sekunden sank; nur ein Theil des Mastes und etwas vom Schornstein ragen aus dem Wasser hervor. Das Schiff war zum großen Theil mit Schulkindern besetzt; die Passagiere wurden nur zum Theil, die Mannschaft vollständig gerettet. Die Zahl der Ertrunkenen, Kinder und Erwachsene, die meist Frauen waren, schätzt man auf etwa 20. Von den Leichen wurden bisher nur einige geborgen. Die Unglücksstelle ist durch Wracktonnen gekennzeichnet. Die Bevölkerung der umliegenden Orte ist in größter Aufregung.

* Die Schließung der Bäckerinnung in Neuß ist verfügt worden, da dieselbe sich geweigert hat, ihre Statuten dem Innungs- und Handwerkergesetz entsprechend zu ändern.

* Der Notar Oskar Krause in Düsseldorf ist seit Dienstag flüchtig. An diesem Tage erfolgte durch die Staatsanwaltschaft eine Revision der Amtsräume Krauses, die unter Siegel gelegt wurden. Den Trauring Krauses fand man im Geldschrank, ein gewöhnlich im Schreibtisch aufbewahrten Revolver war nicht mehr zur Stelle. Krause soll verschiedene Summen veruntreut haben, unter anderem auch Beträge, die für den Stempelfiskus bestimmt waren. Wenige Stunden vor der Revision wurde noch ein Bureauvorsteher, der Krause seine Ersparnisse im Betrage von 6000 Mk. zur Löschung einer Hypothek übergab, um diesen Betrag geschädigt.

* Einen Hexenspuk hat die Stadt Breslau in den letzten Tagen gehabt. Die „Schles. Schulztg." theilt darüber Folgendes mit: „In Breslau ging wieder einmal die berüchtigte „Hexe" um. Sie beschränkte sich diesmal nicht auf ein oder zwei Schulhäuser, sondern trieb durch die ganze Stadt ihr Unwesen. Bald soll sie aus einem Kellerfenster, bald aus einer Bodenluke grinsend geschaut haben. Man will schauerliche Inschriften gefunden haben: „Sieben Kinder brauche ich, fünf habe ich schon gefressen." — „Weiche, weiche, weiche! Im Keller ist eine Leiche!" Alles Zureden der Lehrer half nichts. Abends fanden ganze Massen-Ansammlungen, auch von erwachsenen Dummköpfen, statt. Die Polizei mußte einschreiten. Viele Kinder mußten früh von ihren Müttern in die schrecklichen Schulhallen eskortirt werden. Einer unverbürgten Mittheilung zufolge sollen in einer Schule Erscheinungen von Veitstanz zu Tage getreten sein. Ja, man erzählt von „Hexenferien" in einer Schulanstalt. Und die Ursache dieses schier unglaublichen Gräuels? Niemand vermag anzugeben, ob irgend ein reales Vorkommnis zu Grunde liegt. Man könnte vielleicht annehmen, ein Flüchtling habe sich in ein Schulhaus versteckt, eine irrsinnige Person sei aufgetaucht. Am wahrscheinlichsten aber ist es, daß ein Witzbold sich einen frivolen Scherz erlaubt hat, der die leicht aufregbaren, durch Märchenerzählungen entzündlich gemachten Kinderherzen von Straße zu Straße in Massenfurcht versetzte. Dafür spricht auch der schöne Vers, der in der Realschule 2 sich vorfand: „Heute ess' ich süßen Brei, morgen komm' ich in Realschule 2."

* Ovationen für einen Dieb. Das tschechische Arbeiterblatt Pravo Lidu theilt mit, daß dem ehemaligen Bürgermeister des Prager Vorortes Wrschowitz, einem Herrn Janda, der wegen Theilnahme an fortgesetzten Diebstählen auf den Prager Bahnhöfen eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe abgebüßt hat, am Fronleichnamstage seitens des Veteranenvereins unter Führung des Gemeinderaths Kleczka besondere Ehrungen erwiesen wurden. Herr Kleczka und zwei Veteranen begaben sich in die Wohnung des Herrn Janda und überreichten ihm als Zeichen der Ehrung und Werthschätzung einen Fronleichnamskranz. Herr Janda trat ans Fenster und dankte den draußen stehenden Veteranen. Diese salutirten, schwenkten die Fahne und stimmten unter Musikbegleitung die tschechischen Nationallieder „Kde domov muj!" und „Hej Slovane!" an. Hierauf defilirte vor dem Hause noch die Gemeindespritze.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Juni. (Tel.) Wie der „Vorwärts" meldet, soll in der am Montag in Berlin stattfindenden Versammlung des Bundes deutscher Baugewerksmeister eine Ausdehnung der Maureraussperrung über das ganze Reich beschlossen werden.

Stettin, 17. Juni. (Tel.) Von den bei dem Schiffszusammenstoß verunglückten Personen werden noch 25 bis 30 vermißt, größtentheils Schulkinder, welche in Stettin die höheren Schulen besuchten und mit dem Dampfer täglich nach Hause fuhren. Der Dampfer „Blücher" soll noch heute gehoben werden. Auch der Dampfer „Pölitz" ist stark beschädigt. Die Schuld an dem Unglück wird dem Kapitän des „Pölitz" gegeben, welcher an der Anlegestelle zu rasch gefahren ist.

Hamburg, 16. Juni. Der Kaiser traf heute Abend hier ein und wurde am Bahnhof vom Bürgermeister Mönckeberg und dem preußischen Gesandten Grafen Metternich empfangen. Unter stürmischen Ovationen begab er sich durch die festlich geschmückten Straßen zur preußischen Gesandtschaft, wo ein Diner stattfand, zu dem zehn Einladungen ergangen waren, darunter an Direktor Ballin.

Hamburg, 17. Juni. Nach dem Diner bei dem preußischen Gesandten unternahm der Kaiser am Abend eine Fahrt auf der Alster, welche mit den zahlreichen illuminirten Booten einen prächtigen Anblick gewährte. Am Alsterglacis bestieg der Kaiser eine Senats-Equipage und fuhr nach dem Dammthorbahnhof, von wo die Abreise nach Brunsbüttel 9½ Uhr erfolgte. In Brunsbüttel geht der Kaiser an Bord der „Hohenzollern", um hier der morgigen Elbsegelregatta beizuwohnen.

Paris, 16. Juni. Das Bureau der demokratischen Linken trat heute Nachmittag in dringlicher Sitzung zusammen und beschloß, daß man die Vorschläge Poincarés wegen der Zugehörigkeit Barthous zum Kabinett nicht annehmen könne. Poincaré begab sich ins Elysee und gab den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Präsidenten zurück.

Paris, 17. Juni. (Tel.) Die Kabinettsbildung durch Poincaré ist endgiltig gescheitert. Heute empfing der Präsident Loubet Brisson, der nun mit der Kabinettsbildung betraut werden soll.

Paris, 16. Juni. Die Nationalistenpresse veröffentlicht einen sensationell sein sollenden gleichlautenden Bericht, wonach Casimir-Périer vorgestern aus freien Stücken zum Kriegsminister Krantz gegangen wäre und ihm versichert hätte, Dreyfus sei schuldig, du Paty de Clam ein Ehrenmann, Mercier dürfe nicht behelligt werden, und das einzige, was am Urtheil von 1894 auszusetzen, sei der kleine Formfehler der Mittheilung geheimer Papiere, der übrigens unerheblich sei, da die Richter auch ohne die geheimen Papiere von Dreyfus' Schuld bereits vollkommen überzeugt gewesen seien. Dieselben Mittheilungen habe Casimir-Périer gestern Poincaré wiederholt. Dieser neue Vorstoß der Nationalisten zeigt, mit welcher Wuth sie weiter gegen Wahrheit und Recht kämpfen. —

New-York, 16. Juni. Einer Meldung aus Manila zufolge verlautet dort gerüchtweise, daß Aguinaldo von den Anhängern Lunas ermordet worden sei.

Schiffsverkehr auf der Weichsel.

Abgefahren ist der Schiffer: Kapt Lipinski, Dampfer „Alice" mit 700 Zentner Mehl, 200 Zentner Roggen und 20 Faß Spiritus, von Thorn nach Danzig. — Arenstein, 4 Traften Rundholz, von Rußland nach Danzig; J. Schulz, 4 Traften Rundholz, von Rußland nach Schulitz; L. Reich, 10 Traften Rundholz, von Ruland nach Schulitz. — Wasserstand: 0,60 Meter. — Windrichtung: W.

18. Juni. Sonnen-Aufgang 3 „ 38 Minuten.
Sonnen-Untergang 8 „ 23 „
Mond-Aufgang 2 „ 41 „
Mond-Untergang 12 „ 3 „
Tageslänge
16 Stund. 45 Minut., Nachtlänge 7 Stund. 15 Minut.

19. Juni. Sonnen-Aufgang 3 Uhr 39 Minuten.
Sonnen-Untergang 8 „ 24 „
Mond-Aufgang 3 „ 57 „
Mond-Untergang 12 „ 23 „
Tageslänge
16 Stund. 45 Minut., Nachtlänge 7 Stund. 15 Minut.

Verantwortlicher Redakteur
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 17. Juni. Fonds: matt.		16. Juni.
Russische Banknoten	216,30	216,50
Warschau 8 Tage	fehlt	215,85
Oesterr. Banknoten	169,55	169,70
Preuß. Konsols 3 pCt.	89,40	89,75
Preuß. Konsols 3½ pCt.	99,20	99,40
Preuß. Konsols 3½ pCt. abg.	99,20	99,20
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	89,40	89,75
Deutsche Reichsanl. 3½ pCt.	99,40	99,40
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II	87,00	88,00
do. „ 3½ pCt. do.	96,10	96,70
Posener Pfandbriefe 3½ pCt.	96,50	96,75
„ „ 4 pCt.	102,30	102,25
Poln. Pfandbriefe 4½ pCt.	100,10	100,10
Türk. Anl. C.	27,25	27,30
Italien. Rente 4 pCt.	95,10	95,20
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	91,50	91,80
Diskonto-Komm.-Anth. excl.	194,50	195,50
Harpener Bergw.-Akt.	199,00	202,90
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	127,00	127,50
Thorn. Stadt-Anleihe 3½ pCt	96,25	96,25
Weizen: Loco New-York Okt	84⅜	85 c
Spiritus: Loko m. 50 M. St	fehlt	fehlt
„ „ 70 M. St.	40,60	40,79

Wechsel-Diskont 4 pCt., Lombard-Zinsfuß 5 pCt.

Spiritus-Depesche.

v. Portatius u. Grothe Königsberg, 17. Juni.

Loco cont. 70er	41,50 Bf.,	40,30 Gd.	—,— bez.
Juni	41,50 „	40,30 „	—,— „
Juli	41,30 „	40,50 „	—,— „

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 18. Juni 1899:

Altstädt. evangel. Kirche.
Morgens 8 Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Stachowitz.
Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst.
Herr Pfarrer Jacobi.
Kollekte für das Mädchen-Waisenhaus in Culm.

Evangel. luth. Kirche.
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst.
Herr Superintendent Rehm.

Täglicher Kalender.

1899	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Juni	18	19	20	21	22	23	24
	25	26	27	28	29	30	—
	—	—	—	—	—	—	1
Juli	2	3	4	5	6	7	8
	9	10	11	12	13	14	15
	16	17	18	19	20	21	22
	23	24	25	26	27	28	29
	30	31	—	—	—	—	—
	—	—	1	2	3	4	5
August	6	7	8	9	10	11	12
	13	14	15	16	17	18	19
	20	21	22	23	24	25	26
	27	28	29	30	31	—	—
	—	—	—	—	—	1	2
September	3	4	5	6	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16

Für Börsen u. Handelsberichte etc. sowie den Anzeigentheil verantw. E. Wendel-Thorn.

Der große
Räumungs-Ausverkauf
des
Leinenhauses M. Chlebowski, Thorn

hat begonnen und bietet dem kaufenden Publikum **die günstigste Gelegenheit** seinen Bedarf in sämmtlichen Artikeln der **Leinen-** und **Wäsche-Industrie in der vortheilhaftesten Weise** zu decken.

Da ich so schnell wie möglich zu meinem bereits übernommenen Waarenkaufhause nach Charlottenburg übersiedeln muß, bin ich gezwungen, mein großes, bestsortirtes Lager in sämmtlichen Artikeln wie:

Damenwäsche	Herrenwäsche	Kinderwäsche	Badewäsche	Schürzen
Corsets	Tischzeug	Handtücher	Taschentücher	Leinen- und Baumwollwaaren
Fertige Bettwaaren	Kaffeedecken	Inlette	Züchen	Gardinen
Stores	Steppdecken	Bettdecken	Reisedecken	Tricotagen
Strumpfwaaren	Sweaters	Kinderkleidchen	Tragekleidchen	Taufkleidchen
Jäckchen	Knabenblousen	Morgenröcke	Matinées	Jupons
	Seidene Blousen	Waschkostüme	Damen-Oberhemden	

zu auffallend billigen Preisen auszuverkaufen und dürfte sich sobald nicht wieder die Gelegenheit bieten, nur streng reelle Waaren zu solch auffallend billigen Preisen einzukaufen.

Braut-Ausstattungen werden zu **enorm billigen Preisen** in kürzester Zeit angefertigt.

Alle oben angeführten Artikel sind auf langen Tafeln in meinem Geschäftslokale ausgelegt und mit **deutlicher** Notirung des **früheren** und **jetzigen** Preises versehen.

Verkauf nur gegen Baarzahlung. Umtausch findet nicht statt.

Auswahlsendungen können nicht gemacht werden.

Leinenhaus M. CHLEBOWSKI,
Thorn, Breitestraße Nr. 22.

Gründung 1878. Fernsprecher Nr. 160. **Gründung 1878.**

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn

Hierzu ein zweites Blatt und ein illustrirtes Unterhaltungsblatt.